



Mitten im libanesischen Vorstadtverkehr schlug vergangenen Monat eine israelische Rakete ein – ihr Ziel: Haytham Ali Tabatabai, ein langjähriger und hochrangiger Kommandeur der Hisbollah. Der Angriff tötete ihn und vier weitere Personen. Der Vorfall erregte internationales Aufsehen, doch er steht exemplarisch für eine Praxis, die längst zur Routine geworden ist: gezielte Tötungen durch Israel, weit über seine eigenen Grenzen hinaus.

Seit dem Hamas-Angriff vom 7. Oktober 2023 hat sich Israels militärische Strategie grundlegend verändert – oder, wie es der Politologe Abdulkhaleq Abdulla aus den Vereinigten Arabischen Emiraten formuliert, die Region befindet sich nun unter dem Einfluss eines „imperialen Israel“. Gemeint ist ein Staat, dessen Streitkräfte nahezu unbehelligt im gesamten Nahen Osten operieren, in der Luft wie am Boden, von Gaza bis Teheran, von Beirut bis Sanaa.

Diese neue Realität wirft eine zentrale Frage auf: Führt militärische Überlegenheit zu Sicherheit – oder verhindert sie gerade das, was der Region am meisten fehlt?

Ein festgefarener Waffenstillstand

Die politische Lage im Libanon ist ein Spiegelbild dieses Dilemmas. Zwar fordern sowohl die USA als auch Israel und die libaneseische Regierung die vollständige Entwaffnung der Hisbollah bis Jahresende – doch angesichts der anhaltenden israelischen Angriffe wirkt dieses Ziel zunehmend utopisch.

„Die Israelis erklären, sie können sich erst zurückziehen, wenn die Hisbollah entwaffnet ist. Und die Hisbollah sagt: Wir können uns nicht entwaffnen, solange die Israelis bleiben“, erklärte Libanons Premierminister Nawaf Salam in einem Interview. Es ist ein klassisches sicherheitspolitisches Patt – und ein fruchtbarener Boden für Eskalation.

Hinzu kommt die Wirkung der Angriffe auf die gesellschaftliche Dynamik. Jeder neue Luftschlag, jeder getötete Kämpfer stärkt offenbar nicht die Abschreckung, sondern den Widerstandsgeist der Hisbollah-Miliz. Ein großflächiges Plakat an der libanesischen Küstenstraße bringt diesen Fatalismus auf den Punkt: „Wenn wir siegen, gewinnen wir. Wenn wir als Märtyrer sterben, gewinnen wir auch.“

Der Libanon befindet sich damit in einem schwelenden Zwischenzustand – einer Grauzone zwischen Krieg und Frieden, in der keine Seite entscheidende Fortschritte macht, aber jede Seite jederzeit zur Gewalt greifen kann. Beobachter befürchten, dass sich dieses Modell auch



auf Gaza übertragen könnte, wo die Hamas jegliche Entwaffnung bislang verweigert und Israel selektive Militärschläge fortsetzt.

Für die libanische Regierung stellt dies eine existentielle Herausforderung dar. Ihr Ziel, das staatliche Gewaltmonopol wiederherzustellen, bleibt in weiter Ferne. Die andauernden Operationen Israels und die Reaktionen der Hisbollah untergraben jede innenpolitische Autorität.

„Ich fürchte, es kommt zu einer massiven israelischen Eskalation“, warnte der frühere US-Botschafter im Libanon, Jeffrey Feltman. „Das würde das Ansehen des derzeit besten libanesischen Präsidenten und Premierministers seit Jahrzehnten schwer beschädigen.“

Militärische Dominanz als Sackgasse

Doch selbst wenn Israel seine militärischen Ziele kurzfristig erreicht, stellt sich eine grundlegendere Frage: Lässt sich aus militärischer Übermacht eine tragfähige strategische Ordnung entwickeln?

Ein Blick auf die Region legt Zweifel nahe. Die vom Iran gestützte „Achse des Widerstands“, zu der auch die Hisbollah gehört, ist heute geschwächt. Der Iran selbst ist durch einen kurzen, aber intensiven Krieg mit Israel im Juni deutlich in die Defensive geraten. Syrien hat sich nach dem Zusammenbruch des Assad-Regimes von Teheran distanziert und fungiert nicht mehr als Waffenschmuggler für die Hisbollah.

Damit hat Israel de facto eine neue Ausgangslage geschaffen. Doch statt daraus diplomatische Perspektiven zu entwickeln, setzt Jerusalem weiter auf präventive Militärschläge – auch gegen Ziele in Drittstaaten. Die Bereitschaft zu politischen Lösungen mit neuen Regierungen, etwa in Syrien oder im Libanon, scheint gering. Der Blick durch das Visier ersetzt den diplomatischen Dialog.

Das macht Israels Strategie in gewisser Weise paradox: Je erfolgreicher das Land militärisch ist, desto instabiler bleibt das politische Umfeld. Ohne ein Konzept für die Zeit nach dem Sieg droht der Status quo zur Endlosschleife zu werden.

Zudem bleibt ein fundamentaler Punkt ungelöst: die palästinensische Frage. Solange es keine klar definierte Perspektive für einen souveränen Palästinenserstaat gibt, bleibt dieser Konflikt ein permanenter Störfaktor – nicht nur für Israel, sondern für die gesamte Region.



Präsident Trump sprach einst von einem „neuen Morgen im Nahen Osten“. Doch vieles, was sich derzeit zeigt, wirkt eher wie das lange Nachleuchten eines ungelösten Alptraums.

Weitere wichtige Meldungen

Chefunterhändler der Ukraine tritt zurück, doch Gespräche laufen weiter

Ukrainische Vertreter trafen sich gestern in Florida mit hochrangigen Mitgliedern der Trump-Regierung, die Kiew unter Druck setzt, einem Vorschlag zur Beendigung des Krieges mit Russland zuzustimmen. Außenminister Marco Rubio erklärte nach den Gesprächen, es gebe noch „viel Arbeit“.

Nicht anwesend in der ukrainischen Delegation war Andrij Jermak, der engste Vertraute und Stabschef von Präsident Wolodymyr Selenskyj, der am Freitag im Zuge einer Korruptionsermittlung zurücktrat. Das Treffen fand nur einen Tag nach einem massiven russischen Drohnen- und Raketenangriff auf die Ukraine statt, der fast zehn Stunden andauerte.

Trump erhöht Druck auf Venezuela

Trump warnte Fluggesellschaften und Piloten, dass der Luftraum über Venezuela geschlossen sei, und verschärfe damit die Offensive seiner Regierung, die sie als Krieg gegen Drogenkartelle bezeichnet.

Doch die US-Kampagne in der Karibik gerät zunehmend unter Druck im US-Kongress, nachdem die *Washington Post* berichtet hatte, dass Verteidigungsminister Pete Hegseth einen Befehl erteilt hatte, alle Personen an Bord von Booten zu töten, die des Drogenschmuggels verdächtigt wurden. Dies veranlasste im September einen Militärrkommandanten dazu, einen zweiten Angriff auf Überlebende eines ersten Angriffs durchzuführen. Ein führender Republikaner und mehrere Demokraten im Kongress äußerten die Vermutung, dass dieser Folgeangriff ein Kriegsverbrechen gewesen sein könnte.

Weitere Meldungen:



- Die Behörden in **Indonesien** suchen nach Hunderten Vermissten nach tödlichen Überschwemmungen.
- In **Honduras** wird ein neuer Präsident gewählt – viele befürchten Spannungen, auch weil Trump einen Kandidaten unterstützt und eine Begnadigung für einen unbeliebten Ex-Präsidenten angekündigt hat.
- **Pakistan** intensiviert die Massenausweisungen von Afghanen, nachdem sich die Beziehungen zu den Taliban massiv verschlechtert haben.
- **Papst Leo XIV.** teilte mit, er habe mit dem türkischen Präsidenten über Möglichkeiten gesprochen, wie Israel und die Palästinenser zu einer Zwei-Staaten-Lösung kommen könnten.
- Mindestens acht Hausangestellte aus dem Ausland starben bei einem Wohnungsbrand in **Hongkong**. Die Überlebenden fürchten um ihre Jobs. Die Zahl der Todesopfer liegt inzwischen bei 146.

Autor: P. Tiko